AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Puerto Rico

2025

Hintergrund

Puerto Rico ist ein nichtinkorporiertes Außengebiet der USA.

Im Zusammenhang mit Einwanderungskontrolloperationen verurteilten Menschenrechtsorganisationen willkürliche und diskriminierende Inhaftierungen von Menschen aus schwarzen und verarmten Gemeinden.

Rechtswidrige Gewaltanwendung

Nach Angaben der Organisation Kilómetro 0, einer gemeinnützigen Nichtregierungsorganisation, starben in Puerto Rico mindestens 13 Menschen durch die Polizei, vier von ihnen durch schwere emotionale Krisen im Zusammenhang mit psychischen Problemen. Um festzustellen, ob übermäßige Gewalt angewendet wurde, ordnete der Polizeikommissar im März eine administrative Untersuchung nach einem Vorfall an, bei dem bei der Verhaftung einer Frau ein Elektrobetäubungsgewehr eingesetzt worden war.

Rechte von Flüchtlingen und Migrant/innen

Die Umsetzung der Einwanderungspolitik von US-Präsident Donald Trump führte zu einer Zunahme von Razzien und Verhaftungen, die von US-amerikanischen Immigration and Customs Enforcement (ICE) -Agenten durchgeführt wurden, wobei Racial Profiling auf der Grundlage von Akzenten und körperlichem Erscheinungsbild verwendet wurde. Bis zum 26. November waren 1.431 Migranten festgenommen worden, wie aus Daten hervorgeht, die von den US Homeland Security Investigations (HSI) in San Juan in den sozialen Medien veröffentlicht wurden. Diese Festnahmen wurden manchmal ohne Haftbefehl durchgeführt, und die Übergabe von Verwaltungsdokumenten, wie z. B. einem Führerschein, wurde als Mittel verwendet, um Informationen durch Täuschung zu erhalten. Die Regierung arbeitete mit US-Bundesbehörden zusammen, indem sie diese Art von Informationen über Menschen mit unregelmäßigem Migrationsstatus zur Verfügung stellte.

Puerto Rico fehlten Einwanderungshaftanstalten, so dass die Festgenommenen in temporäre ICE-Einrichtungen auf der Insel gebracht und anschließend aus Puerto Rico verlegt wurden; dies machte es für sie schwierig, mit lokalen Juristen zu kommunizieren und ihren Zugang zu einer angemessenen rechtlichen Vertretung zu beschränken.

Todesstrafe

Im November beantragte das Bundesjustizministerium die Todesstrafe für Edwin Yadiel Flores Tavárez. Obwohl sie auf Landesebene verboten ist, könnte sie immer noch in Fällen unter Bundesgerichtsbarkeit angewendet werden.

https://www.amnesty.org/en/location/americas/central-america-and-the-caribbean/puerto-rico/report-puerto-rico/